

## INHALT

1. **Schulterschluss in Husum**
2. **Wichtige Verkehrsprojekte in Schleswig-Holstein kommen voran**
3. **Qualifiziertes Personal für menschenwürdige Pflege**
4. **Mittelständler können Facebook weiterhin nutzen**

09.12.2011

### Schulterschluss in Husum

**CDU Fraktionen aus Hamburg und Schleswig-Holstein fordern Kooperation statt Kannibalismus**



CDU-Wirtschaftspolitiker aus Hamburg und Schleswig-Holstein

Am 05. Dezember trafen sich Wirtschaftspolitiker der CDU aus Hamburg und Schleswig-Holstein auf dem Gelände der Husum Messe & Congress.

Natürlich stand der Nachbarschaftsstreit mit dem SPD-geführten Hamburger Senat über die weltweite Leitmesse der Windenergie im Fokus. Es ging aber auch um die Notwendigkeit einer besseren Kooperation in weiteren wirtschaftspolitischen Fragen.

„Für mich ist das Verhalten Hamburgs in Sachen Windmesse ein negatives Paradebeispiel dafür, weshalb derzeit die Zusammenarbeit nicht funktioniert. Wenn wir Nordländer uns kannibalisieren statt zu kooperieren, dann schaden wir uns am Ende selbst“, erklärte CDU-Wirtschaftsexperte Jens-Christian Magnussen nach dem Treffen.

Jens-Christian Magnussen mahnte eine gemeinsame Vorgehensweise bei der Elbvertiefung und beim Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals an. „Schleswig-Holstein und Hamburg sind immer dann stark, wenn die Gemeinsamkeiten im Vordergrund stehen. Das wird am Beispiel der

Metropolregion Hamburg besonders deutlich. Der Erfolg dieses Projektes lag in der engen Kooperation auf Augenhöhe und einer Win-Win-Situation begründet. Nur so kann die Nord-Partnerschaft funktionieren“.

Rückendeckung erhielt er von seiner Hamburger Kollegin Karin Prien: „Es geht nicht nur um gute Nachbarschaft zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein, sondern um die Erkenntnis, dass wir gemeinsam stärker sind und nur gemeinsam im nationalen und internationalen Wettbewerb der Metropolregionen bestehen können“, betonte sie in Husum. Schleswig-Holstein erwarte zu Recht von Hamburg Vorschläge für kooperative Modelle für die Durchführung der Windmesse.

Magnussen bezeichnete die HusumWind als „Marke und weltweites Aushängeschild“ der Windenergie. „Eine Leitmesse der Windenergie hat die besten Voraussetzungen für eine langfristige Perspektive in Husum“, betonte der Schleswig-Holsteiner.

---

### **Wichtige Verkehrsprojekte in Schleswig-Holstein kommen voran Teilabschnitt A 23 und Ortsumgehung Bad Bramstedt frei gegeben**



Hans-Jörn Arp, MdB

In dieser Woche erfolgte die Freigabe eines weiteren Teilabschnittes der A 23 (Itzehoe-Nord bis Itzehoe-Süd) und des zweiten Bauabschnittes der Ortsumgehung von Bad Bramstedt. Auch für Lübeck und Stockelsdorf gab es verkehrspolitisch gute Nachrichten. Nach 16 Jahren Planungszeit begannen endlich die Rodungsarbeiten für die Kreisstraße 13. Diese Straße ist als Entlastungsstraße für die innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen von Stockelsdorf und Lübeck gedacht. Sie kostet etwa neun Millionen Euro, knapp sieben davon kommen aus dem Landeshaushalt.

„Die wichtigen Verkehrsverbindungen sind gemeinsam mit dem leistungsfähigen Breitbandinternet und den Stromleitungsnetzen die Lebensadern unseres Wohlstandes von morgen“, erklärte dazu Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp.

Gerade angesichts der vom Mittelstand geprägten Unternehmensstruktur in Schleswig-Holstein sei die flächendeckende Anpassung der schleswig-holsteinischen Infrastruktur an die Notwendigkeiten einer modernen Dienstleistungsgesellschaft von herausragender Bedeutung.

Das lange Planungsverfahren für die K 13 mache die Notwendigkeit deutlich, frühzeitig auf

eine verstärkte Bürgerbeteiligung zu setzen. Im Zuge der Planung mussten drei Eigentümer von Grund und Boden enteignet und eine Kolonie Haselmäuse umgesiedelt werden.

Diese Verfahren hatten die Gerichte lange beschäftigt. „Deshalb ist es gut, dass wir verstärkt auf eine frühzeitige Beteiligung der Betroffenen setzen, wie beispielsweise mit dem Dialogforum zur Fehmarnbeltquerung und der vorgelagerten Bürgerbeteiligung beim Stromleitungsbau. Angesichts der rasanten weltweiten Entwicklung kann sich unser Land immer neue Verzögerungen wichtiger Infrastrukturprojekte durch unendliche Klageverfahren nicht mehr leisten“, so Arp abschließend.

---

### **Qualifiziertes Personal für menschenwürdige Pflege** **Zahl der Auszubildenden in Pflegeberufen seit 2007 um mehr als 50 Prozent gestiegen**



Ursula Sassen, MdB

Bestandteil des Koalitionsvertrages von CDU und FDP in Schleswig-Holstein ist eine Verbesserung der Situation der Pflegebedürftigen, vor allem durch eine Attraktivitätssteigerung in den Pflegeberufen. Trotz der angespannten Haushaltslage hat die CDU-geführte Landesregierung im aktuellen Doppelhaushalt die Zahl der geförderten Ausbildungsplätze noch einmal erhöht. Die 1200 Plätze werden nun mit jährlich 4,2 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt gefördert.

Diese Maßnahme trägt nun erste Früchte. Wie das Sozialministerium diese Woche bekannt gab ist die Zahl der Auszubildenden in Pflegeberufen allein im Vergleich zum Vorjahr um 8,5 Prozent gestiegen. Derzeit befinden sich 2022 junge Menschen in der Ausbildung. Besonders eindrucksvoll ist der Vergleich mit 2007. Seitdem ist die Zahl der Auszubildenden um 57 Prozent gestiegen.

Für die CDU-Fraktion begrüßte deren sozialpolitische Sprecherin Ursula Sassen diese Entwicklung, forderte zugleich jedoch eine zügige Umsetzung der Reform für die Pflegeausbildung: „Das Land tut, was es kann. Allerdings sind trotz der beeindruckenden Erfolge die Möglichkeiten zur Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufes noch nicht ausgeschöpft. Jetzt müssen endlich die Gesundheits- und Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege in einer Ausbildung zusammengeführt werden. Und wir brauchen eine einheitliche Finanzierungsregelung. Da ist der Bund in der Pflicht“, erklärte Sassen.

## **Mittelständler können Facebook weiterhin nutzen**

### **Keine Abmahnung mittelständischer Unternehmen zu erwarten**

Nach zahlreichen Gesprächen zeigten sich die Wirtschaftspolitiker der CDU-Landtagsfraktion in dieser Woche überzeugt, dass mittelständischen Unternehmen im Facebook-Streit keine Abmahnungen durch das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz (ULD) drohen. „Wir haben deutlich gemacht, dass die mittelständischen Unternehmen im Land im Streit zwischen dem ULD und dem internationalen Unternehmen Facebook nicht zu den Leidtragenden gemacht werden dürfen“, erklärte der CDU-Wirtschaftspolitiker Hans-Jörn Arp.

In den vergangenen Wochen hatte das ULD Untersagungsverfügungen auch gegen mittelständische Unternehmen angedroht, die über eigene Facebook-Auftritte verfügen oder Facebook-Anwendungen in ihren Internetauftritt integriert haben. Dies hatte in den vergangenen Monaten große Verunsicherung im Mittelstand ausgelöst. Viele Unternehmen haben aus Angst vor angedrohten Untersagungsverfügungen und Bußgeldbescheiden ihre Facebook-Aktivitäten eingestellt.

Hans-Jörn Arp dazu: „Nach mehreren Gesprächen zu diesem Thema können wir den Unternehmen guten Gewissens empfehlen, ihre Aktivitäten fortzusetzen oder wieder aufzunehmen. Wir gehen davon aus, dass es zu keiner Abmahnung gegenüber mittelständischen Betrieben kommen wird.“

Allerdings empfehle die CDU-Fraktion den Unternehmen, die Besucher ihrer Seiten kurz auf die Problematik zum Thema Datenschutz und Facebook hinzuweisen, wie dies bereits von der Staatskanzlei praktiziert wird.

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)